

Rupert M. Scheule

## **Cyber Policy Networks. Zur sozioethischen Bedeutung virtueller Netzwerke in Zeiten der Globalisierung<sup>1</sup>**

### ***Einleitendes***

In diesem Beitrag wird keine theologische Selbstaufklärung anhand des Virtualitätsbegriffs betrieben, so reizvoll das sein mag. Der Virtualitätsbegriff soll hier auch nicht in systematischer Abgrenzung von einem wie auch immer zu fassenden Realitätsbegriff entwickelt werden. Virtualität sei im folgenden vielmehr ein Wort für das Interdependenzverhältnis von medialen Referenten und ihren außermedialen Referenzen. In einem doppelten medienhistorischen Cursus soll es zunächst um dieses Interdependenzverhältnis gehen. Es wird im medienhistorischen Zusammenhang zu fragen zu sein, wie die Spezifika des Digitalen Zeitalters sozioethisch anzusprechen sind. Die These lautet, daß diese Spezifika mit ihren ungeahnten Kommunikationsmöglichkeiten nicht nur dem Marktprinzip nützen, sondern auch für das normative Konzept einer marktkorrektiven Netzwerkgesellschaft interessant sind. Was sich hinter dem Begriff Netzwerk verbirgt, muß allerdings eigens geklärt werden. Dann gilt es, die medien- und die gesellschaftstheoretischen Befunde miteinander zu korrelieren, um die eigentliche These des Beitrags zu begründen, für welche der Begriff *Cyber Policy Networks (CPNs)* steht: Marktkorrektive Politik kann künftig nicht mehr nur über territorialhierarchische Rahmenordnungen implementiert werden. Sie verlangt weltweite, horizontale interdependente Netzwerke, die erst im Cyberspace des Internet ihre ganze Wirksamkeit entfalten.

### ***Mediengeschichte I***

#### **Die drei Simulakren des Monsieur Baudrillard**

Jean Baudrillard verbindet mit dem Begriff Simulakrum eine epochale Zeichenstruktur, die einem ganz bestimmten - für die Epoche charakteristischen - Referenztyp folgt: Das Mittelalter war noch geprägt von einer „starken symbolischen Ordnung“<sup>2</sup>, in der die Beziehung zwischen einem

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag rekurriert auf die Internet-Szene Ende der 1990er Jahre. Er erschien leicht verändert in dem noch immer lesens- und kaufenswerten Büchlein: Roth, P., Schreiber, S., Siemons S. (Hg.): Die Anwesenheit des Abwesenden. Theologische Annäherungen an Begriff und Phänomene von Virtualität. Augsburg : Wißner, 2000. 173 - 195.

<sup>2</sup> Baudrillard, Jean: Der symbolische Tausch und der Tod. München : Matthes & Seitz, 1991, 80.

Objekt und einem Zeichen eine hohe Festigkeit besaß und symbolisch bestimmt war. Die Miniaturen der Großen Heidelberger Liederhandschrift (entstanden um 1300) etwa geben gar nicht erst vor, eine größtmögliche Ähnlichkeit mit den dargestellten Minnesängern erzielen zu wollen. Ja, sie zeigen so berühmte Sänger wie Wolfram von Eschenbach sogar mit geschlossenem Visier, also gesichtslos. Wappen und Helmzier, die Symbole von Herkunft und Stand, galten als ausreichend zu seiner Identifizierung.

In der Renaissance und später in Barock und Rokoko wurde, so Baudrillard, das *Simulakrum der Imitation* etabliert. Theater und bildende Kunst wollen die ganze Welt nachbilden. Der Illusionismus der Malerei täuscht unendliche Räume hinter den Bildern vor, und ein ganzes Universum aus Stuck entsteht. Stuck ist für Baudrillard eine Art Leitmedium der Epoche. In der Rokoko-Basilika Ottobeuren beispielsweise sind Pflanzen, Marmorsäulen, Engels- und Menschenkörper, Textilien, sogar Reisekoffer und Instrumente samt und sonders aus Stuck nachgebildet: eine „Transsubstantiation der gesamten Natur in eine einzige Substanz [...] Der Stuck ist die triumphale Demokratie aller künstlichen Zeichen“<sup>3</sup> und zugleich die kartesianisch anmaßende Aneignung der Natur durch ein mimetisches Handwerk und seinen universalen Werkstoff.

Demgegenüber ist das *Simulakrum der Produktion*, das Baudrillard mit der Industriellen Revolution gekommen sieht, zeichentheoretisch geradezu unambitioniert. Um ein schöneres, regelmäßigeres Analogon zur Natur geht es jetzt nicht mehr, sondern um Äquivalenz, genauer: um Funktionsäquivalenz. Die Maschine bildet den Menschen nicht mehr ab (wie das die romantischen Automatenmenschen eines E.T.A. Hoffmann noch tun<sup>4</sup>), sondern ersetzt ihn hinsichtlich seiner Funktionen - wenn nötig, beliebig oft.

Erheblich anspruchsvoller ist erst wieder das *Simulakrum der Simulation*, in dem wir heute leben. Was im vorletzten Simulakrum der Stuck war, ist heute der digitale Code. Die ganze Welt ist aber nicht nur übersetzbar in den Code, der Code schreibt auch die Welt neu, etwa wenn mit Bildbearbeitungsprogrammen Menschen plötzlich auf Photographien erscheinen, die niemals anwesend waren beim Fototermin. Imaginäres und Reales, Medien und ihre Inhalte verschwimmen, das Realitätsprinzip insgesamt kollabiert: „[...] es geht jetzt darum, aus dem *Realen* einen *Satelliten* zu machen, es in eine Umlaufbahn zu bringen, auf der es mit den Phantasmen kreist, die es früher illustriert haben - jetzt ununterscheidbar und ohne gemeinsames Maß“<sup>5</sup>. Ein geordnetes Verweissystem - ob symbolisch, imitierend oder funktional - existiert nicht mehr. Die Bezüge flottieren frei. Baudrillard nennt diesen Zustand Hyperrealität.

---

<sup>3</sup> Baudrillard, 81.

<sup>4</sup> Vgl. u.a. Hoffmann, E.T.A.: Der Sandmann. In: Ders.: Dichtungen und Schriften. Hg. von Walther Harich. Weimar : Lichtenstein, 1924, Bd. VI, 49 - 98.

<sup>5</sup> Baudrillard, 117. Herv. von Jean Baudrillard.

## **Hyperrealität: ein Spezifikum des digitalen Zeitalters?**

Für den Hausgebrauch dieses Beitrags setze ich Virtualität mit Hyperrealität gleich, ohne die larmoyante Note übernehmen zu wollen, die Baudrillard dem Begriff beigibt. Es stellt sich freilich die Frage, ob Hyperrealität etwas historisch derart Neues ist, wie es in Baudrillards kulturpessimistischer Sicht erscheint. Wilhelm von Humboldt vertrat die Auffassung, „daß die Sprachen nicht eigentlich Mittel sind, die schon erkannte Wahrheit darzustellen, sondern weit mehr, die vorher unerkannte [Wahrheit, RMS] zu entdecken“<sup>6</sup>. Nach Humboldt illustriert das basale Medium Sprache nicht einfach etwas Reales, sondern erschließt uns das Reale erst, d.h. ohne das Medium Sprache keine Weltsicht, keine Realität für uns. In einem von Humboldt inspirierten Realitätskonzept ist Medialität also unhintergebar, sie liegt der Realitätserfahrung voraus. Ist nicht dieser Umstand bereits hyperreal? Wenn ja, hieße das nicht, Hyperrealität/Virtualität war von jeher das Geschäft der Medien und ist nicht erst das Resultat einer Mediendepavation oder -perversion? Wir werden dieser Frage mit dem Begriffsinstrumentarium nachgehen, das der kanadische Wirtschafts- und Kommunikationshistoriker Harold Innis schon vor 50 Jahren in seinem Essay *The Bias of Communication* entwickelte.

## ***Mediengeschichte II***

### **Harold Innis' Raum- und Zeittendenzmedien**

Für Innis befinden sich Medien und außermediale Verhältnisse grundsätzlich in einem - wenn man so will: hyperrealen - Interdependenzverhältnis:

”A medium of communication has an important influence on the dissemination of knowledge over space and over time and it becomes necessary to study its characteristics in order to appraise its influence in its cultural setting. According to its characteristics it may be better suited to the dissemination of knowledge over time than over space, particularly if the medium is heavy and durable and not suited to transportation, or to the dissemination of knowledge over space than over time, particularly if the medium is light and easily transported. The relative emphasis on time or space will imply a bias of significance to the culture in which it is imbedded”<sup>7</sup>.

Jede Kultur oder Zivilisation hat also ein dominantes Medium, das entweder eine Raumtendenz (*space bias*) oder eine Zeittendenz (*time bias*) aufweist. Medien wie Stein und Ton sowie das herstellungsaufwendige Pergament

<sup>6</sup> von Humboldt, Wilhelm: Gesammelte Schriften. Hg. von der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften. Berlin : de Gruyter, 1905, Bd. 4, 27.

<sup>7</sup> Innis, Harold: *The Bias of Communication*. 33 - 60, hier: 33. In: Ders: *The Bias of Communication*. Introduction by Paul Heyer and David Crowley. Toronto u.a. : University of Toronto Press, Toronto <sup>9</sup>1991.

zeichnen sich durch ihre *time bias* aus, sie sind für den Transport zu schwer oder zu teuer, aber ausgesprochen haltbar. Die Stärke dieser *Zeittendenzmedien* ist die Überlieferung von tradierten Wissensbeständen; einer innovativen, ständig wachsenden Wissensproduktion ist aber das aufwendige Kodifizierungsverfahren, das diese Medien verlangen, nicht gewachsen. Mit Griffel, Pinsel oder Feder zu hantieren ist zudem schwierig und begünstigt die Herausbildung einer medienkundigen Elite, etwa des ägyptischen, babylonischen oder mittelalterlich-katholischen Klerus, die das qualifizierende Wissen ihrer Gesellschaften bei sich monopolisieren konnten. Zeittendenzmedien wirken also kongenial mit traditionellen, hierarchisierten und eher kleinräumigen Gesellschaften zusammen.

Anders verhält es sich mit *Raumtendenzmedien* wie Papyrus, Papier oder Telegraphie: Sie sind zwar weniger beständig als z.B. in Stein geschlagene Hieroglyphen, aber ungleich besser geeignet, räumliche Entfernungen zu überwinden. Gesellschaften oder Gesellschaftskonzepte mit dominanten Raumtendenzmedien sind eine starke Herausforderung für die Gesellschaften der Zeittendenzmedien: Die absolute Monarchie in Ägypten hatte im Stein ihr Selbstdarstellungsmedium, mit dem Aufkommen von Papyrus machte sie immerhin einer Oligarchie der Literarisierten Platz<sup>8</sup>. Die frühneuzeitliche Medientechnologie Gutenbergs bedeutete nicht nur das Ende klösterlicher Schreibkultur, sondern markiert überhaupt das Ende des klerikalen Wissensmonopols und damit eines mittelalterlichen Elitenkonzepts. Die Zivilisationen der Raumtendenzmedien sind großräumig, ihr Gesellschaftsgefüge ist komplex und ihre Wissenlandschaft innovationsfreudig. Kleinräumige Gemeinschaftskultur wird von Raumtendenzmedien nicht begünstigt.

Einen Sonderstatus räumt Innis der Oralität ein: "For Innis, the important feature of an oral tradition is not its aural nature, as McLuhan has stressed, but the fact that it emphasizes dialogue and inhibits the emergence of monopolies of knowledge leading to overarching political authority, territorial expansion, and the inequitable distribution of power and wealth"<sup>9</sup>. Innis selbst schreibt über den Zusammenhang zwischen mündlicher Tradition und griechischer Gesellschaftsordnung: "The significance of the oral tradition was shown in the position of the assembly, the rise of democracy, the drama, the dialogues of Plato, the speeches"<sup>10</sup>. Oralität, dialogisches Denken und Demokratie stehen für ihn in einem Zusammenhang.

---

<sup>8</sup> Vgl. ebd. 35.

<sup>9</sup> Heyer, Paul; Crowley, David: Introduction. In: Innis: The Bias. IX - XXVIII, hier: XVII.

<sup>10</sup> Innis, Harold: Minerva's Owl. In: Ders.: The Bias. 3 - 32, hier: 9.

Innis' kombinierte Medien- und Sozialgeschichte gibt Baudrillards These von der *allmählichen* Nivellierung eines ursprünglich geordneten medialen Verweissystems nicht recht: Eine saubere Scheidung von Referenten und Referenzen - vulgo: Medien und Realität - ist *grundsätzlich* nicht möglich. Medien referieren die sog. Wirklichkeit<sup>11</sup> und diese - insbesondere die *gesellschaftliche* Wirklichkeit - referiert die Eigenarten der jeweiligen Medientechnologie. Nochmals also: Hyperrealität bzw. Virtualität ist eine basale Medienleistung.

Wie korrespondiert nun die Mediensituation des Digitalen Zeitalters mit unserem heutigen sozialen Leben? Im folgenden soll das Internet, das als besonders exemplarisch für die Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK) unserer Tage gilt, mit Hilfe des Innis'schen Analyseinstrumentariums beschrieben werden.

## *Das Digitale Zeitalter*

### **Raumtendenzmedium mit Oralitätsanteilen: das Internet**

Anders als das Telefonnetz, das von Telefongesellschaften bis in die Gegenwart hinein zentral verwaltet wurde, ist das Internet schon rein technisch und von jeher ein dezentrales Gebilde. Es geht zurück auf das ARPANET, ein Informationssystem, das Pentagonforscher für den Kriegsfall entwickelten und 1969 mit einigen wenigen Rechnern in Betrieb nahmen. Es sollte gegenüber Irritationen möglichst robust sein und hatte deshalb keine störungsanfälligen Steuerungsmechanismen. Im Laufe der siebziger Jahre wurde das Netz bereits hauptsächlich zur Kommunikation zwischen Wissenschaftlern genutzt, weniger zur bloßen Rechnerverbindung. Angeschlossen waren nicht mehr nur rein militärische Forschungseinrichtungen, sondern auch andere staatliche Organisationen und Universitäten<sup>12</sup>. 1983 gründete das Militär ein eigenes MILNET, die verbliebenen Netzstrukturen wurden mit neuester Technik zum NSFNET (National Science Foundation Network) ausgebaut und verbanden zunächst fünf große Universitäten in den USA zu Forschungszwecken. Kommerzielle Nutzung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich. Als das Internet 1989 20 Jahre alt wurde, hatte es etwa 100 000 User, die überwiegend aus dem wissenschaftlich-studentischen Milieu stammten. Seit Beginn der neunziger Jahre wuchs die Zahl der Netz-Anwender aber schlagartig. Technische Neuerungen<sup>13</sup> und die Kommerzialisierung<sup>14</sup> des Netzes machten

---

<sup>11</sup> Am unendlichen erkenntnistheoretischen Diskurs, ob es sich dabei um eine objektive oder emergente Wirklichkeit handelt, möchte ich mich nicht beteiligen.

<sup>12</sup> Vgl. <http://spot.fho-emden.de/alge/museum/index.htm>.

<sup>13</sup> Zwanzig Länder schlossen sich in dieser Zeit erstmals am NSF-Net-Backbone, der zentralen Datenleitung des Internet, an.

<sup>14</sup> Ende 1989 gab es mit "The World" den ersten kommerziellen Internet-Dial-up-Provider (vgl. <http://www.w3history.org>)

dies möglich. 1998 gab es bereits 116 Millionen Internet-Nutzer<sup>15</sup>, Schätzungen sprechen von 500 Millionen Nutzern im Jahr 2000<sup>16</sup>.

Die für unseren Zusammenhang wichtigsten Internettechnologien sind derzeit:

- **e-mail**: Die elektronische Post ist seit den Zeiten des ARPANET eines der populärsten Internet-Angebote. Man kann davon ausgehen, daß praktisch alle Netz-Anwender per e-mail erreichbar sind. Die e-mail-Nachrichtenübertragung erfolgt zeitversetzt. Auch Newsletters funktionieren auf Basis der e-mail-Technologie.
- **Newsgroups** sind „öffentliche, thematisch eng abgegrenzte Nachrichtenforen. Momentan sind nach Schätzungen mindestens 80 000 dieser Diskussionsgruppen international erreichbar, während mindestens vier- bis fünfmal so viele auf lokalen Ebenen zur Verfügung stehen“<sup>17</sup>.
- **Internet Relay Chat (IRC)** ist ein spezielles Internet-Angebot, bei dem die Teilnehmer in Echtzeit Nachrichten austauschen und an Gruppendiskussionen teilnehmen können. Der IRC-Dienst rückte erstmalig im Verlauf des Golfkriegs in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, als neueste Informationen direkt aus dem Krisengebiet in IRC-chats live kommuniziert wurden. Ähnliches geschah 1993 während des Moskauer Putsches und später immer wieder während des Balkankriegs. Möglich wird dieser Dienst, indem eine Reihe spezialisierter Internet-Server - sogenannte IRC-Server - die Nachrichten der mit ihnen verbundenen Benutzer sammeln und sofort an alle anderen Server des gleichen IRC-Netzes weiterleiten. So sehen alle Teilnehmer rund um die Welt innerhalb von wenigen Sekunden das auf ihren Bildschirmen, was irgend jemand gerade als Nachricht eingegeben hat. Damit die Kommunikation überschaubar bleibt, gibt es die sog. IRC-Channels. „IRC-Channels lassen sich mit Fernsehkanälen vergleichen, wobei jeder Kanal üblicherweise sein eigenes Thema hat. Alles das, was ein IRC-Benutzer von seinem Computer aus absendet, erscheint bei allen anderen Benutzern, die auf dem gleichen Kanal sind, praktisch sofort auf dem Bildschirm“<sup>18</sup>.
- **WorldWideWeb (WWW)**: 1989/90 entwickelte der englische Physiker Tim Berners-Lee am Genfer Kernforschungszentrum CERN eine Technologie, die die hausinterne Informationsfülle der Einrichtung durch Hypertextstruktur und ansprechende graphische Benutzeroberflächen für alle Mitarbeiter übersichtlicher machen sollte. Damit waren bereits die

<sup>15</sup> Vgl. Kuri, Jürgen: Tom Hanks statt Tron. Das Internet vor der Jahrtausendwende. In: c't 6/99, 160-164, hier 160.

<sup>16</sup> Vgl. Musch, Jochen: Die Geschichte des Netzes: ein historischer Abriss. In: <http://www.psychologie.uni-bonn.de/sozial/staff/musch/history.htm>. Diese Schätzung ist vergleichsweise alt, sie stammt aus dem Jahr 1996.

<sup>17</sup> <http://kommunix.uni-muenster.de/IfK/projekte/cyberworlds/cyberself.htm>.

<sup>18</sup> <http://home.germany.net/100-457386/irc/irc002.htm>.

wesentlichen Elemente des WWW<sup>19</sup> erfunden. Die Entscheidung des CERN, diese Technologie frei zugänglich zu machen und keine Patentansprüche anzumelden, sorgte für eine rasche Verbreitung des WWW, durch welches das Internet erst zum Massenmedium avancieren konnte. In kurzer Zeit wurde das WWW der wichtigste Internet-Dienst - von 500 WWW-Servern Ende 1993 wuchs die Zahl bis Ende 1994 auf über 10 000. Im ersten Quartal 1998 gab es laut NEC bereits 320 Millionen Websites<sup>20</sup>.

Nach dem Analyseraster von Harold Innis ist das Internet mit allen seinen Angeboten das Raumentendenzmedium schlechthin. Schnell, weltweit und gleichsam mit immaterieller Leichtigkeit können Informationen in großen Mengen aufgefunden und ausgetauscht werden. Die Wirtschaft etwa versetzt dies in neue Dimensionen der Allokationsgeschwindigkeit von Humankapital, der Transaktionsgeschwindigkeit und Markttransparenz.

Doch auch bestimmte Elemente der Oralität tauchen in der Netzkommunikation wieder auf. Nicht nur Newsgroups und Chats sind Mittel des Dialogs, jede im WWW publizierte Information kann innerhalb desselben Mediums kommentiert und ergänzt werden, indem man beispielsweise per Mouseclick das html-Format eines eigenen Textbeitrags erzeugt und ihn auf der persönlichen Homepage unterbringt oder mit Programmen wie *thirdvoice*<sup>21</sup> Kommentare direkt auf einer für kommentierungsbedürftig gehaltenen Homepage hinterläßt. Internet-Kommunikation hat eine Tendenz zum Egalitären. Die Selbstdarstellung eines Weltkonzerns und die eines Studenten sind über dieselben Suchmaschinen erreichbar, arbeiten mit derselben Hypertextstruktur - und füllen denselben 21''-Bildschirm des Web-Surfers. Wie die mündliche Überlieferung gesellschaftliche Hierarchien flach hielt und eine Wissensmonopolisierung durch Literarisierte nicht kannte, so demokratisiert das Internet die Wissensbeschaffung und -publikation, weil es keine institutionellen Barrieren kennt, sondern nur die des Netzzugangs überhaupt<sup>22</sup>.

Wo liegen nun aber die Korrelationen zwischen IuK wie dem Internet und der Gesellschaft, in der wir leben? Das Internet ist unhierarchisch, dezentral und

---

<sup>19</sup> Der Name "World Wide Web" fiel bereits 1990 während einer Konferenz in der Cafeteria des CERN (vgl. <http://www.w3history.org/>).

<sup>20</sup> Vgl. die Zahlen bei <http://www.w3history.org/>.

<sup>21</sup> Download unter: <http://www.thirdvoice.com/>. Diesen Hinweis verdanke ich F. Pellmann.

<sup>22</sup> Rein technisch betrachtet bleibt jeder Internetnutzer natürlich angewiesen auf einen Provider, der ihm einen Netzzugang verschafft. Die Internetkommunikation verhält sich zu dieser technischen Vorbedingung allerdings emergent, d.h., sie verläuft auf einer eigenen Ordnungsebene, die nicht mit dem technischen Unterbau erklärt werden kann. Die Emergenz der Internet-Kommunikation zeigte sich recht illustrativ 1997/98 im Prozeß gegen den ehemaligen Geschäftsführer von CompuServe/Deutschland, Felix Somm. Dieser wurde wegen der Verbreitung von Kinderpornographie angeklagt, weil sich entsprechende newsgroups auf dem Server seiner Firma fanden. Letztlich konnte der Provider für das emergente Kommunikationsgeschehen, das er lediglich technisch ermöglichte, nicht verantwortlich gemacht werden. Felix Somm wurde im November 1999 in der zweiten Instanz freigesprochen.

nichtterritorial organisiert. Hierarchische, zentralisierte und territoriale Strukturen wie Gebietskörperschaften dürften in diesem Medium deshalb keine Stütze finden. Anders verhält es sich mit der ordnungspolitischen Institution des Marktes. Auch der Markt funktioniert dezentral, unhierarchisch, und er ist nicht an territoriale Grenzen gebunden. Seine Dimensionen sind heute global, er nutzt die neuen „IuK-Technologien, die sowohl Produkt als auch infrastrukturelle Voraussetzung der [...] globalen Transaktionen sind, so wie es der Kanal-, Eisenbahn- und Straßenbau sowie die Luftfahrt für die Nationalökonomie und deren Internationalisierung waren“<sup>23</sup>. Die neuen IuK ermöglichen Marktteilnehmern die Ausnutzung aller Zeitzeonen und verschaffen ihnen eine digitale Mobilität, die gegenüber der realen Mobilität eine erhebliche Zeitersparnis bringt. So tendiert der IuK-gestützte globale Markt zu einer „24 hour competitiveness in a world of every-time, everywhere offices operating in a global information world“<sup>24</sup>. Der Schluß von Markt und neuen Kommunikationstechnologien gilt denn auch als konstitutives Merkmal der Globalisierung<sup>25</sup>.

### **Globalisierung: Politikverlust und Marktabsolutismus**

Gegenüber dem siegreichen Marktprinzip sind das Territorial- und Hierarchieprinzip die Verlierer der Globalisierung. Weil aber politische Macht bislang hierarchisch und territorial organisiert war, ist die Politik insgesamt die Globalisierungsverliererin schlechthin. Und dies in zweierlei Hinsicht:

- Nach Max Weber kann man von einem souveränen Staat sprechen, „wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das *Monopol legitimen physischen Zwanges* für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt“<sup>26</sup>. Das gilt auch für die Wirtschaftsordnung. Traditionell definierte der Staat makroökonomische Rahmenbedingungen, unter welchen dann private Akteure mikroökonomisch wirtschaften konnten. Die in den letzten Jahrzehnten betriebenen Deregulierungen (Abbau von Subventionen, Handelsbeschränkungen u.ä.) und die Transaktionsmöglichkeiten, die die neuen IuK eröffnen, versetzen nun aber private Akteure in die Lage, ohne Mühen transnational zu handeln, während öffentliche Akteure in ihrer Wirksamkeit an die Grenzen des Nationalstaates gebunden bleiben. Damit

---

<sup>23</sup> Wieland, Josef: Die Ethik der Governance. Marburg : Metropolis-Verl., 1999 (Institutionelle und evolutorische Ökonomik ; 9), 12.

<sup>24</sup> Saffo, Paul zit. nach Karmasin, Matthias: Medien. In: Korff, Wilhelm u.a. (Hg.): Handbuch der Wirtschaftsethik, Güterloh : Güterloher Verlagshaus, 1999 (im folgenden abgekürzt als *HWE*), Bd. 4, 351 - 381, hier: 360.

<sup>25</sup> Vgl. Wieland, 11f.

<sup>26</sup> Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen : Mohr, 1922 (Grundriß der Sozialökonomik ; III. Abteilung), 29. Herv. von Max Weber.



können sich private Akteure den Zumutungen der makroökonomischen Rahmenordnungen fallweise entziehen, das Monopol des (National-)Staats, Verstöße gegen die von ihm definierte Wirtschaftsordnung zu ahnden, greift nicht mehr. Wo es die mikroökonomische Rationalität verlangt, entkommen die privaten Akteure „der politischen Geographie und damit der politischen Kontrolle“<sup>27</sup>. Global Players haben also ihre eigenen Landkarten, die die politisch-territorialen Landkarten rigoros durchkreuzen und zerschneiden<sup>28</sup>. So steht die interne Souveränität der Staaten, also „die Fähigkeit als Souverän nach innen alle politischen, sozialen und vor allem auch ökonomischen Probleme regeln zu können“<sup>29</sup>, zur Disposition.

- Traditionelle Nationalstaaten gestalteten ihre Außenbeziehungen politisch. Unter der Maßgabe wechselseitiger Anerkennung und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten vertraten sie gegeneinander ihre „nationalen Interessen“ (territoriale Unversehrtheit, geostrategische Sicherheitsbedürfnisse usf.) mit diplomatischen oder militärischen Mitteln. Die Angehörigen der Nationalstaaten hatten dies, auch wenn sie in mikroökonomische Beziehungen zu Angehörigen anderer Nationalstaaten traten, zu respektieren. Als Import- und Exportgeschäfte wurden diese Beziehungen durch Zölle staatlich mitorganisiert. Bezugsgröße des Wettbewerbs blieb die Volkswirtschaft: Die Unternehmen konkurrierten unter denselben rechtlichen, sozialen und mentalitätsmäßigen Voraussetzungen *eines* makroökonomisch geordneten Wettbewerbsraumes miteinander. Die Globalisierung weitet nun diesen Wettbewerbsraum nicht einfach aus, sie kehrt die Wettbewerbsverhältnisse geradezu um: Heute sind es die *Volkswirtschaften*, die untereinander um Investitionen der Unternehmen konkurrieren. Sie tragen ihre spezifische wirtschaftliche Attraktivität (niedrige Löhne, Rohstoffe, Know-How, Sozialkapital) zu Märkte und hoffen, den Zuschlag für einen Produktionsstandort multinationaler Konzerne zu bekommen. Globalisierung ist die Mikroökonomisierung der Makroökonomie und damit ihre Entpolitisierung. So erleiden die demokratisch legitimierten Regierungen einen massiven Souveränitätsverlust, der faktisch einem Politikverlust gleichkommt und die territorial organisierte, hierarchisch-repräsentative Demokratie insgesamt infrage stellt.

---

<sup>27</sup> Reinicke, Wolfgang H.; Witte, Jan: Globalisierung, Souveränität und internationale Ordnungspolitik. In: Busch, Andreas u.a. (Hg.): Nationaler Staat und internationale Wirtschaft, Baden-Baden : Nomos, 1999. 339 - 366, hier: 353.

<sup>28</sup> Die Chrysler Corporation, einer der drei größten Autobauer der USA, hörte im Mai 1998 auf, eine amerikanische Firma zu sein. Durch die Fusion mit der Daimler-Benz AG entstand mit der DaimlerChrysler AG ein Konzern nach deutschem Gesellschaftsrecht, nunmehr auch unter dem alleinigen (deutschen) Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schrempf. Das heißt: Die USA haben das juristische Monopol über eines ihrer wichtigsten Unternehmen verloren.

<sup>29</sup> Reinicke/Witte 348.

## Sozialethisches Zwischenfazit

Aus sozialethischer Sicht ist Politikverlust nicht wünschenswert. Zwar behandelt auch ein funktionierender Markt alle seine Teilnehmer nach dem gleichen Gesetz von Angebot und Nachfrage und wahrt damit Freiheitsrechte, die jenen des „passiven Staatsbürgers“ oder „Staatsgenosse[n]“<sup>30</sup> analog sind: Im Markt sind alle gleich, wie alle vor dem Gesetz gleich waren (solange die Globalisierung einzelnen nicht systematisch die Möglichkeit bot, sich ihm zu entziehen). Und tatsächlich kann die Globalisierung auch begriffen werden „als erster Schritt zu jener Egalisierung der Chancen in einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, die in den sozialethischen Debatten der großen Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften seit den fünfziger Jahren immer wieder gefordert worden ist“<sup>31</sup>. Ein deregulierter Welthandel und die global vernetzende Infrastruktur der IuK ermöglichen „neuen Akteuren, etwa der technischen Intelligenz in vielen Drittwelt- und Schwellenländern, Zugang zu Märkten, die ihnen durch die Dominanz der alten westlichen Industriegesellschaften und protektionistische Barrieren bisher verschlossen waren [... Im ] Maß der Offenheit der Märkte haben neue Akteure neue Chancen“<sup>32</sup>. Als Egalisierungsmechanik schafft die Globalisierung im weltweiten Maßstab durchaus mehr Beteiligungsgerechtigkeit. Was ihre demokratische Legitimität angeht, kommt sie freilich nicht über jene von absolutistischen Regimes hinaus, denen Thomas Hobbes und Jean Bodin insofern Legitimität zuerkannten, als sie auf effiziente Weise Rechtssicherheit für alle Bürger schufen, auch wenn - oder gerade weil - diese am Regelwerk des Regimes nicht mitwirkten. Das trifft heute für die globalisierte Ökonomie auch zu: ihre Gesetze sind klar, verlässlich und universal, können aber - unter den Bedingungen des oben skizzierten Politikverlusts - nicht gestaltet werden durch die Betroffenen. Insofern macht es Sinn, vom *Marktabsolutismus der Globalisierung* zu reden, der demokratiepolitisch nicht hinnehmbar ist.

Der „Überherrschungseffekt“<sup>33</sup>, der der Politik bis zu ihrem Verschwinden die ökonomische Systemrationalität einprägt, erweist sich - entgegen dem „liberalen“ Selbstverständnis seiner Betreiber - als höchst illiberal, wenn man den Liberalismusbegriff von Michael Walzer zugrundelegt. Für Walzer ist Liberalismus bekanntlich gleichbedeutend mit einer „Kunst der

<sup>30</sup> Kant, Immanuel: Die Metaphysik der Sitten. In: Ders.: Werke. Hg. Von Benzion Kellermann. Hildesheim : Gerstenberg, 1973, Bd. VII, 120. Kant unterscheidet den „passiven Staatsbürger“ oder „Staatsgenossen“ vom „aktiven Staatsbürger“, der allein die „Fähigkeit der Stimmgebung“ besitzt und „nicht bloß Teil des gemeinen Wesens, sondern auch Glied derselben, d.i. aus eigener Willkür in Gemeinschaft mit anderen handelnder Teil desselben“ (ebd.) ist.

<sup>31</sup> Graf, Friedrich Wilhelm: Die geschichtliche Rolle von Religionen im Modernisierungsprozess der Wirtschaft. In HWE, Bd. 1, 567 - 596, hier: 581.

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Hausmanning, Thomas: Sozialethik als Strukturenethik. In: Höhn, Hans-Joachim (Hg.): Christliche Sozialethik interdisziplinär. Paderborn u.a. : Schöningh, 1997, 59 - 88, hier: 70.

Trennungen” zwischen den Sphären Kirche und Staat, Privatsphäre und öffentlicher Sphäre, Wirtschaft und Politik etc. Diese Trennungen gilt es im Dienste einer *komplexen Gleichheit* aufrechtzuerhalten:

„Das System der komplexen Gleichheit ist das Gegenteil von Tyrannei. Es erzeugt ein Netz von Beziehungen, das Dominanz und Vorherrschaft verhindert. Formal gesprochen bedeutet komplexe Gleichheit, daß die Position eines Bürgers in einer bestimmten Sphäre oder hinsichtlich eines bestimmten sozialen Gutes nicht unterhöhlt werden kann durch seine Stellung in einer anderen Sphäre oder hinsichtlich eines anderen sozialen Gutes. So kann Bürger X Bürger Y bei der Besetzung eines politischen Amtes vorgezogen werden mit dem Effekt, daß beide in der Sphäre der Politik nicht gleich sind. Doch werden sie generell solange nicht ungleich sein, wie das Amt von X diesem keine Vorteile über Y in anderen Bereichen verschafft, Zugang zu besseren Schulen für seine Kinder, größere unternehmerische Chancen usw.“<sup>34</sup>

Erreicht also ein Anbieter unter Einhaltung der universalen Marktregeln eine marktbeherrschende Stellung, ist vom gerechtigkeits-theoretischen Standpunkt Walzers nichts dagegen zu sagen, wenn er dank seiner ökonomischen Dominanz nicht auch schon automatisch größeren politischen Einfluß besitzt. Indem aber die Sphäre der Politik in jener der Ökonomie aufgeht, bricht die grundsätzliche Voraussetzung für komplexe Gleichheit weg: das Vorhandensein verschiedener, einander kompensierender Sphären. Man könnte nun versuchen, „durch eine Rückkehr zu Protektionismus und re-regulativer Politik“<sup>35</sup> die politische Sphäre nationalstaatlichen Zuschnitts wiederherzustellen. Allerdings wäre eine Neuauflage des Prinzips der segmentären Differenzierung - denn nichts anderes liegt den Territorialhierarchien zugrunde - angesichts der fortgeschrittenen funktionalen Differenzierung in der globalen Gesellschaft ein Atavismus und nur um den Preis von Wohlfahrtsverlusten und hoher Repressivität zu haben. Wenn also die Sphäre der Politik vom mikroökonomischen Prozeß der Globalisierung absorbiert wird und Protektionismus als Gegensteuerungsstrategie ausscheidet, so bleibt es ein Gebot der Gerechtigkeit, die Sphäre der Politik mit anderen Mitteln wiederherzustellen. Ich glaube, IuK-gestützte Politik-Netzwerke könnten ihren Beitrag dazu leisten. Bevor hiervon die Rede ist, muß zunächst definiert werden, was Netzwerke überhaupt sind.

### ***Exkurs: Netzwerke***

#### **„Weder Markt noch Hierarchie“**

---

<sup>34</sup> Walzer, Michael: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt u.a. : Campus, 1992 (Theorie und Gesellschaft ; 23), 49.

<sup>35</sup> Reinicke/Witte 355.

Ein Netzwerk ist ein formaler Operationsmodus, über den es zunächst nicht mehr zu sagen gibt, als daß er nicht dem Markt- und nicht dem Hierarchieprinzip gehorcht: Seine Outputs sind weder Resultate eines kompetitiven Geschehens noch einer administrativer Weisung. Er ordnet soziale Prozesse vielmehr, indem er wechselseitige Abhängigkeiten einzelner ressourcenschwacher (korporativer) Akteure so koordiniert, daß ein leistungsstarker komplementärer Ressourcenverbund entsteht.

Walter W. Powell nutzt die triadische Typologie von Hierarchie, Markt und Netzwerk, um die Bandbreite wirtschaftlicher Handlungsstrukturen zu beschreiben. Galt lange Zeit das polare Raster von Markt und Hierarchie als ausreichend hierfür<sup>36</sup>, so glaubt Powell, „Netzwerke als deutlich abgegrenzte Koordinationsformen ökonomischer Aktivitäten“<sup>37</sup> identifizieren zu können. Während die Tausch- und Kommunikationsprozesse in Hierarchien vom Machtgefälle der Beteiligten bestimmt sind, verlaufen die Tauschprozesse in Markt und Netzwerk horizontal, aber mit einer jeweils anderen Verfahrenslogik:

„Die Standardstrategie im direkten Markttausch besteht darin, die weitgehendste und kompromißloseste Forderung zu stellen, während die in Netzwerken bevorzugte Option vorsieht, langfristige Verpflichtungen und Vertrauen zu schaffen. Jeder Ansatz entwertet so den anderen: erfolgreiche Marktwettbewerber würden als kleinliche und nicht vertrauenswürdige Gauner in Netzwerken betrachtet, während erfolgreiche Netzwerkteilnehmer, die ihre Praktiken in kompetitive Märkte einführen wollten, als naiv und töricht angesehen würden“<sup>38</sup>.

Natürlich gehorchen auch diese Netzwerke dem Eigennutzkalkül ihrer Teilnehmer, die versuchen, untereinander zu einem komplementären Interessenausgleich zu kommen. Powell nimmt an, der netzwerkspezifische Interessenausgleich sei aber mehr als der „Austausch von weitgehend äquivalenten Werten in einer genau eingegrenzten Reihenfolge“<sup>39</sup>. Beim Netzwerkpartner eine Zeit lang in der Schuld zu stehen, also „die Bücher offenzuhalten“, stabilisiere die Netzwerkbeziehungen. „Aus dieser Perspektive wird Partnerschaft gerade durch ein gewisses Maß an Unausgeglichenheit erhalten, was zu weiteren Treffen zwingt. Die Verpflichtung ist ein Mittel, durch welches die Parteien miteinander

---

<sup>36</sup> Vgl. Williamson, Oliver E.: *Markets and Hierarchies. Analysis and Antitrust Implications*. New York : Free Press, 1975.

<sup>37</sup> Powell, Walter P.: Weder Markt noch Hierarchie: Netzwerkartige Organisationsformen. In: *Kenis, Patrick; Schneider, Volker* (Hg.): *Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik*. Frankfurt u.a. : Campus, 1996 (Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung ; Bd. 2). 213 - 272, hier: 219.

<sup>38</sup> Ebd. 222.

<sup>39</sup> Ebd. 225.

verbunden bleiben<sup>40</sup>. Diese Art Beziehung verlangt eine gewisse Vertrauenskultur, der ein ähnlicher beruflicher oder sozialer Hintergrund der Netzwerkteilnehmer dienlich ist.

Musterbeispiel eines ökonomischen Netzwerks ist für Powell die Unterhaltungsbranche Hollywoods. Der Filmmarkt ist komplex, dynamisch und unsicher, und die Beschäftigten „der Filmindustrie - Hersteller, Regisseure, Kameraleute, Schauspieler und Musiker - erscheinen auf den ersten Blick sehr mobil. Sie bewegen sich von Studio zu Studio, von einem Projekt zum anderen mit wenigen festen Bindungen an eine formale Organisation<sup>41</sup>, was der neoliberalen Phantasie von hochflexiblen Portfolio Workers nahekommt. Untersuchungen ergaben aber, daß bei ganz unterschiedlichen Produktionen immer wieder die gleichen Filmschaffenden zusammenwirken<sup>42</sup>, weil sie sich offenbar wechselseitig Aufträge verschaffen. Es sind also die Netzwerke der Filmleute selbst, „welche stabil und dauerhaft sind, nicht die Filmstudios, in denen Angestellte kommen und gehen und die Besitzer häufig wechseln<sup>43</sup>“.

Walter Powell hat hier ökonomische Netzwerkphänomene im Blick und zeigt illustrativ, daß die ökonomischen Systemrationalität kein Monopol des Steuerungsprinzips *Markt* einschließt. Für unseren Zusammenhang interessanter ist aber die Frage, wie sich das Netzwerkprinzip zur politischen Systemrationalität verhält. Ermöglicht das Netzwerkprinzip jenseits der ökonomistischen Tauschlogik „politischer Märkte<sup>44</sup>“ genuin politisches Handeln?

## Policy Networks

Der Netzwerkbegriff als solcher meint nichts anderes als ein formales Konzept zur produktiven Bearbeitung von Interdependenzen. Politik-Netzwerke sind deshalb zunächst einmal nicht durch ein Spezifikum ihrer Verfahren, sondern durch ihren Gegenstand definiert: sie dienen der Politikentwicklung und/oder der Implementation<sup>45</sup>. Darüber hinaus verbinden sie nicht individuelle, sondern korporative Akteure<sup>46</sup>.

---

<sup>40</sup> Ebd. 226.

<sup>41</sup> Ebd. 231.

<sup>42</sup> Faulkner, R.R.; Anderson, A.: Short Term Projects and Emergent Careers. Evidence from Hollywood. In: American Journal of Sociology, 4, 92 (1987), 879 - 909

<sup>43</sup> Powell 119.

<sup>44</sup> Vgl. dazu Fußnote 65.

<sup>45</sup> Vgl. Mayntz, Renate: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Kenis/Schneider 471 - 496, hier: 473.

<sup>46</sup> Wenn es in der Politik interpersonale Strukturen gibt, die einer Tauschlogik nach Powells Vorstellung folgen, würde man für diese eher Worte finden wollen wie „Seilschaft“ oder „Amigo-System“. Solche Strukturen sind mit *policy networks*

Renate Mayntz sieht in Policy-Netzwerken allerdings doch ein Verfahrensspezifikum: eine eigene, von Tausch und Anweisung verschiedene Logik der Verhandlung. Zwar gesteht sie durchaus zu, daß es in Netzwerken *auch* indirekte Tauschprozesse (Ringtausch, verhandlungsgestützter Tausch von Ressourcen ohne Marktpreis etc.) gibt, glaubt aber, daß dort, wo „interorganisatorische Netzwerke im Stande sind

- durch Interaktion
- ungeachtet divergierender Interessen ihrer Mitglieder
- absichtsvoll kollektive Outputs zu produzieren

[...] man ihre Logik am besten als Verhandlung beschreiben<sup>47</sup> könne. In einem verhandlungsorientierten Netzwerk stehen nicht die Partikularinteressen der Netzwerkteilnehmer im Vordergrund, und der kollektive Output eines solchen Netzwerks wird auch nicht aus der Perspektive des jeweiligen Eigennutzes evaluiert. Vielmehr geht es hier um die Formulierung und Durchsetzung *gemeinsamer* Interessen *aller* Netzwerkteilnehmer. Nach Mayntz sind mit Netzwerksteuerungen also „diskursivere“ - wenn man so will „politischere“ - Lösungen möglich als nur ökonomisch inspirierte Tauschgeschäfte (Bargaining). Voraussetzung dafür sind aber eine begrenzte Netzwerkteilnehmerzahl und eine elaborierte Diskurskultur.

Als Beispiel für verhandlungsorientiertes *Policy Networking* nennt Mayntz das wissenschaftspolitische Netzwerk in der Bundesrepublik Deutschland, das sich insbesondere in einigen Fragen zur Forschungslandschaft Ostdeutschlands bewährt habe<sup>48</sup>.

Im politischen Bedeutungskontext wirken sich aber auch die Schwächen von Netzwerken deutlich aus: Gegenüber bürokratischen top/down-Strukturen oder der simplen marktförmigen Wettbewerbsmechanik sind interdependente Netzwerke undurchsichtig. Die Überprüfbarkeit politischen Netzwerkhandelns wird damit zum Problem. Außerdem sind Netzwerke zugangsbeschränkt: ihre spezifische Verpflichtungs- bzw. Verhandlungskultur kann nicht unter beliebig vielen Netzwerkteilnehmern hergestellt werden. Kommt angesichts dieser Schwächen das Netzwerkprinzip überhaupt als marktkorrektive Politikstrategie unter Globalisierungsbedingungen in Betracht?

**Tab. 1: Zusammenfassung - gesellschaftliche Steuerungsstrukturen im Vergleich**

---

nicht gemeint, obwohl sich in ihnen durchaus typische Netzwerkdefekte zeigen: Exklusivität und Intransparenz (davon weiter unten mehr).

<sup>47</sup> Mayntz 480.

<sup>48</sup> Vgl. ebd. 479f.

<b>Merkmale</b>	<b>Hierarchie</b>	<b>Markt</b>	<b>Netzwerk</b>
<b>Handlungslogik</b>	Autorität und Gehorsam	Wettbewerb und Gewinnmaximierung	Verbund komplementärer Stärken
<b>Handlungstyp</b>	Verwaltung	Tausch	Tausch/Verhandlung
<b>Entscheidungstyp</b>	einseitig abhängig	unabhängig	interdependent
<b>Organisationsgrad</b>	hoch	niedrig	niedrig
<b>Atmosphäre</b>	formell	Mißtrauen	Vertrauen aufgrund ähnlichen Backgrounds
<b>Verpflichtungsgrad</b>	hoch	niedrig	hoch
<b>Flexibilitätsgrad</b>	niedrig	hoch	mittel
<b>Stabilitätsgrad d. Beziehungen</b>	hoch	niedrig	mittel
<b>räuml. Reichweite</b>	territorial	„enträumlicht“	„enträumlicht“, aber beschränkt
<b>Zugangsmöglichkeiten</b>	reglementiert	unbeschränkt	beschränkt und intransparent

### ***Issue Networking***

Zumindest was die Teilnehmerbeschränktheit angeht, bietet eine Netzwerkvariante Lösungen an: das Issue Network<sup>49</sup>. Issue-Netzwerke sind thematisch und zeitlich eng begrenzte, ausschließlich über ihr gewünschtes Ergebnis definierte, lose Beziehungsgeflechte.

Die Netzwerke, die Powell und Mayntz beschreiben, sind beziehungsorientiert. Sie führen zu Handlungsergebnissen, weil sich ihre Teilnehmer so vertrauen, daß sie längerfristige Verpflichtungen eingehen oder eine besondere Verhandlungskultur entwickeln können. Der Netzwerkoutput ist also abhängig vom Netzwerkgeschehen. Bei Issue Networks besteht die umgekehrte Tendenz: hier ist das Netzwerk abhängig vom Output. Über diesen muß in Issue Networks nicht verhandelt werden, er steht - eben als issue - von vornherein fest, und ihn unterstützen zu wollen, ist die Eintrittsbedingung ins Netzwerk. Dabei ist der ideologische, soziale oder mentalitätsmäßige Hintergrund der Netzwerkteilnehmer gleichgültig, sofern sie nur die spezifische Issue-Bezogenheit des Netzwerks akzeptieren und ihren Beitrag zur gemeinsamen Output-Produktion leisten. Issue-Netzwerke sind umso besser, je mehr Teilnehmer sie lose verknüpfen, denn "those to

<sup>49</sup> Der Begriff geht auf Hugh Heclo zurück, der ihn - spezifischer als hier - zur Bezeichnung eines bestimmten Kooperationsverhältnisses zwischen staatlichen und privaten Akteuren verwendet. Vgl. Heclo, Hugh: Issue Networks and the Executive Establishment. In: Kling, Anthony (Hg.): The New American Political System. Washington : AEI (AEI studies ; 213).

whom we are weakly tied are more likely to move in circles different to our own and will thus have access to information different from that which we receive"<sup>50</sup>, und sie haben die Chance, die Politik in eben diesen uns selbst nicht zugänglichen Kreisen zu vertreten und nach Möglichkeit zu implementieren.<sup>51</sup>

Eindrucksvolles Beispiel eines Issue Network ist die *World Commission on Dams*. Ende der achtziger Jahre hatte ein internationales Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) den Bau von Großstaudämmen fast zum Erliegen gebracht. Dennoch blieb die Situation unbefriedigend. Die NGOs mußten enorme Kräfte binden, um die Blockade aufrechtzuerhalten, Regierungen und Unternehmen konnten auch entwicklungspolitisch sinnvolle Bauvorhaben nicht mehr realisieren. Die Weltbank brachte deshalb die höchst ungleichen Betroffenen der Situation - Regierungen, Öko-Aktivisten, Bauunternehmen, Entwicklungshilfe-Organisationen - 1997 ins Gespräch miteinander. Das gemeinsame Interesse aller Stakeholder, die Blockade-Situation zu beenden, führte 1998 zur Gründung der Kommission.

Halten wir fest: Sucht man nach einem marktkorrektiven und marktverschiedenen sozialen Steuerungskonzept, das nicht dem Hierarchieprinzip folgen soll, so bleibt nur das Netzwerkprinzip. Issue Netzwerke bieten - freilich um den Preis extremer thematischer Selbstbeschränkung - zudem die Chance, weltweit Interdependenzen zu koordinieren. Soll die Sphäre der Politik jenseits nationalstaatlicher Hierarchien in der Dimension einer globalisierten Wirtschaft restituiert werden, so könnten Issue Netzwerke hilfreich sein, politische Anliegen zu kommunizieren und zu realisieren. Ein weltweit handlungsfähiges, reaktionsschnelles Marktkorrektiv sind Issue Policy Networks aber nur, wenn sie die gleichen Mittel nutzen, die auch den Markt global, flexibel und reaktionsschnell machten. Wie verhalten sich diese Netzwerke also zu den neuen IuK?

### ***Cyber Policy Networks: die Wiedergeburt des Politischen unter Globalisierungsbedingungen?***

#### **Zwei Beispiele**

Cybernetzwerke sind insofern virtuelle Gemeinschaften, als sie nicht einfach Diskurse oder Interaktionen, die auch *ohne* das Medium stattfinden könnten,

<sup>50</sup> Granovetter, Mark zit nach: Reinicke, Wolfgang H.: The Other World Wide Web. Global Public Policy Networks. In: <http://www.foreignpolicy.com/articles/winter1999-2000/Reinicke.htm>, 4.

<sup>51</sup> Vgl.: <http://www.dams.org/> sowie: Brenner, Thorsten; Reinicke, Wolfgang H: Politik im globalen Netz. Globale Politiknetzwerke und die Herausforderung offener System. In: Internationale Politik, Nr. 8/1999, 6.



im Medium referieren. Sie setzen vielmehr das Medium Internet konstitutiv voraus<sup>52</sup>. Eine netzwerktypische ressourcenoptimierende Organisation von Interdependenzen ermöglicht der Cyberspace dort, wo Informationen die „Währung“ von Netzwerken sind. Für Policy Networks trifft das weitgehend zu.

Wie brisant das Internet für Policy Networks sein kann und wie gefährlich für autoritäre Regimes, zeigt sich in der chinesischen Dissidentenszene: Der Software-Entwickler Lin Hai wurde im März 1998 inhaftiert und zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er 30 000 e-mail-Adressen an Exildissidenten in Washington weitergegeben hatte, die ihrerseits den Newsletter *VIP-Reference* mit Beiträgen über Widerstandstreffen, Menschenrechtsverletzungen usf. nach China senden. Der komplementäre Verbund ressourcenschwacher Akteure - hier ein einzelner Informatiker mit einer Adressendatei, dort eine kleine Gruppe exilierter Menschenrechtler - führte zu einer weltweit beachteten Irritation des chinesischen Regimes. Dieses unterstützt ironischerweise sogar die Verbreitung des Internet, weil es sich von diesem Raumtendenzmedium Infrastrukturverbesserungen und ökonomischen Fortschritt für das riesige Land erhofft. Gleichzeitig kämpft es aber erbittert gegen die politische Nutzung des Internet<sup>53</sup>.

Dramatisch zugespitzt zeigen sich hier die Chancen, die die Ambiguität der IuK bietet: Ein Regime, das um den Preis erheblicher Repression das staatliche Politikmonopol aufrechterhält, aber zugleich aus Gründen der ökonomischen Modernisierung die neuen IuK fördert, wird unversehens konfrontiert mit zivilgesellschaftlichen Potentialen dieser Technologien.

Der bislang spektakulärste Erfolg eines Policy-Netzwerks, das überwiegend im Internet agiert, war die Verhinderung des MAI-Abkommens durch die Verbraucherschutzorganisation Public Citizen und ihre Verbündeten im Cyberspace.

Die OECD verhandelte seit 1995 unter Ausschluß der Öffentlichkeit über ein „multilaterales Investitionsabkommen“ (MAI), das Investitionsbedingungen international liberalisieren und die Rechte von Investoren gegenüber Staaten und Regionalbehörden erheblich ausweiten sollte. Nicht einmal Mitglieder des US-Kongresses wußten von diesen Verhandlungen. Public Citizen wurde aber 1998 ein fast vollständiger Entwurf des MAI zugespielt, den die Verbraucherschützer umgehend auf ihrer Home Page publizierten. Im Internet

---

<sup>52</sup> In diesem Sinn sind freilich auch traditionelle Brieffreundschaften u.ä. virtuell. Daß Virtualität i.s.d. keine Errungenschaft der neuen IuK, sondern eine basale Medienleistung ist, davon war weiter oben die Rede.

<sup>53</sup> *Das American Association for the Advancement of Science Human Rights Action Network*, das *Digital Freedom Network*, die *Electronic Frontier Foundation* und andere Organisationen betreiben eine online-Kampagne zur Freilassung des Dissidenten. Protestadressen sind u.a. zu richten an die Staatliche Planungs- und Entwicklungskommission Chinas: [liujg@mx.cei.gov.cn](mailto:liujg@mx.cei.gov.cn).

bildete sich nun ein „Stop MAI“-Netzwerk, dem so unterschiedliche Gruppen angehörten wie die Grüne Partei Österreichs, die *Montreal Raging Grannies* und der britische *Catholic Fund for Overseas Development (CAFOD)*, um nur drei der über 500 Organisationen zu nennen. Alle diese Gruppen schlossen sich der Kampagne gegen das Investitionsabkommen an, indem sie das *NGO Statement on MAI* unterzeichneten, ihre lokalen Aktivitäten auf der *action page* von Public Citizen annocierten und koordinierten, Newsletters austauschten usf. Ihr Issue war es, das Investitionsabkommen zu verhindern, was ihnen spektakulärerweise auch gelang: Die OECD, konsterniert angesichts der weltweiten Empörung, gab im Dezember 1998 bekannt, nicht weiter über das MAI beraten zu wollen<sup>54</sup>.

Die Public Citizen-MAI-Episode bringt alle drei sozioökonomischen Steuerungsstrategien, von denen hier bislang die Rede war, zusammen: Referentiell machten sich die Cyberaktivisten zu Anwälten des alten territorialhierarchischen Politikkonzepts, welches das MAI zugunsten von mehr Marktförmigkeit weiter zu entwerten drohte. Performativ stellten sie aber ein neues Politikkonzept vor: das der Cyber Policy Networks (CPNs).

### **Chancen und Probleme der CPNs**

Die Beispiele lassen vermuten, daß Issue Policy Netzwerke im Cyberspace ihr kongeniales Medium gefunden haben. Hier können sie politischen Inhalten eine Wirkmächtigkeit geben, die dem Marktabsolutismus der Globalisierung zumindest fallweise Einhalt gebietet. Probleme werfen die CPNs trotzdem auf.

### ***Soziale Barrieren***

1996 waren zwei Drittel aller Net User männlich, weiß, hatten einen Hochschulabschluß und verdienten um die 60 000 Dollar im Jahr<sup>55</sup>. Von einer Internet-*Welt*öffentlichkeit kann also nicht die Rede sein. Selbst wenn sich in der Zwischenzeit die Netzzugangsbedingungen weiter demokratisiert haben dürften, ist das Internet allenfalls das Leitmedium der reichen hochtechnisierten Zivilisation auf der Nordhalbkugel. Armut ist heute die Hauptzugangerschwernis zum Internet, zu Cybernetzwerken und ihren Politikpotentialen.

---

<sup>54</sup> Vgl. <http://www.citizen.org/pctrade/mai/maihome.html>.

<sup>55</sup> Vgl. Siegele, Ludwig: Cyberpolitik. Mehr Demokratie für alle? Die Propheten des Informationszeitalters predigen: Die Republik des 21. Jahrhunderts ist elektronisch oder gar nicht. Ein Blick in die Zukunft der Demokratie. In: <http://www.archiv.zeit.de/daten/pages/titel/txt.19960510.html>, 5.

## **Legitimität**

Wer hat Public Citizen ermächtigt, ein Investitionsabkommen zwischen demokratisch legitimierten Regierungen zu hintertreiben? Wie kann Lori Wallach, die Chefin von Public Citizen, inmitten der gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich WTO-Konferenz in Seattle 1999 behaupten, die Gruppen in ihrem Netzwerk verträten die Interessen der „Leute“, und globales „Regieren geht heute einfach nicht mehr ohne die Beteiligung der Leute“<sup>56</sup>. Wer legitimiert also Public Citizen und andere NGO-Netzwerke?

Das Prinzip „Partizipation statt Repräsentation“<sup>57</sup> könnte die Legitimitätsfrage zumindest entschärfen: Die Möglichkeiten zur Teilnahme an Policy-Netzwerken sind im Cyberspace tatsächlich groß. Man kann etwa den Newsletter von Public Citizen abonnieren, per e-mail eigene Vorstellungen ins Netzwerk einbringen und an den angekündigten Veranstaltungen außerhalb des Cyberspace teilnehmen. Und wer all dies unterläßt, also nicht von seinen Möglichkeiten und Rechten Gebrauch macht, stellt kein größeres Problem dar als der Nichtwähler in einer repräsentativen Demokratie, was freilich demokratiepolitisch noch nicht ganz befriedigen kann. Dem Problem mangelnder Beteiligung müssen sich grundsätzlich alle partizipatorischen Politikmodelle stellen. Das ist keine Besonderheit des Cyberspace. Seit Anfang der siebziger Jahre machen sich Kommunitaristen Gedanken darüber, wie in einem Gemeinwesen mit starker Partizipation, das im Prinzip einer repräsentativen Demokratie vorzuziehen sei, eine Herrschaft der Aktivisten über die Nichtaktivisten vermieden werden könne. Ben Barber schlug vor, den basisdemokratischen Entscheidungsfindungsprozeß in Nachbarschaftsversammlungen durch einen „Vermittler“ (Facilitator) moderieren zu lassen, „um sowohl die Rechte der Stillen, als auch die der Aggressiven zu schützen“<sup>58</sup>. Wäre ein Facilitator des Cyberspace denkbar, der immer auch jenen ihr Recht verschafft, die an der Internet-Kommunikation teilnehmen dürften, dieses aber aus irgendwelchen Gründen nicht tun? Konstitutiv für das Internet ist die Abwesenheit übergeordneter Steuerungsmechanismen. Zwar ist die Moderation einzelner IRC-Channels technisch möglich, nicht aber die zentrale Steuerung von Internet-Kommunikationen, die IRC, Newsgroups und das WWW nutzen. Letztlich widerspricht allein schon die Idee widerspricht dem Netzwerkkonzept. Mit dem Slogan „Partizipation statt Repräsentation“ ist die Legitimitätsproblematik von CPNs also noch nicht erledigt.

Vielleicht hilft es, den politischen Prozeß nach seinen Einzelementen zu sortieren und bestimmte Elemente vom Legitimitätspostulat zu befreien:

<sup>56</sup> Heuser, Jean u.a.: Die neuen Mitspieler. Der Protest in Seattle hat gezeigt: Auch die Gegenöffentlichkeit organisiert sich global. In: DIE ZEIT, Nr. 50 (1999), 9.

<sup>57</sup> Reinicke/Witte 265.

<sup>58</sup> Barber, Benjamin: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg : Rotbuch-Verlag (Rotbuch Rotationen), 245.

Politisches Handeln ist dreigeteilt. Es besteht aus Agenda-Setting, Entscheidung und Implementation<sup>59</sup>. Im Agenda-Setting werden die Themen und Handlungsoptionen aufgefunden, diskutiert und sortiert, die zur Entscheidung durch den Souverän anstehen. Und schließlich müssen die Entscheidungen umgesetzt werden. Ich schlage nun vor, das Legitimitätspostulat auf das Element der Entscheidung zu beschränken. Am Agenda-Setting waren auch schon in territorialhierarchischen, repräsentativen Demokratien zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt, so daß das Engagement von CPNs hier keine substantielle Veränderung bedeutet. Von der politischen Entscheidung, dem Herzstück des gesamten politischen Prozesses, können die Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates allerdings nicht dispensiert werden, ohne daß dadurch eine Aktivistenoligarchie entstünde. Den demokratisch legitimierten Organen muß weiterhin die *politische Verantwortung* für ihre Entscheidungen zugewiesen werden können, nicht mehr und nicht weniger<sup>60</sup>.

Was die Implementation der politischen Entscheidung angeht, wäre durchaus zu fragen, warum nicht NGO-Netzwerke mit dieser beauftragt werden sollten, wenn den überkommenen Institutionen unter Globalisierungsbedingungen die Mittel dazu fehlen. Den NGO-Netzwerken käme somit eine „Aufgabenverantwortung“<sup>61</sup> zu: d.h., sie wären für die ‘angemessene’ Erfüllung ihres Auftrags zur Politikimplementation verantwortlich. So könnte das Netzwerkprinzip die traditionellen Demokratien einbinden, nicht ablösen. Netzwerke wären dann nicht bloß an der Formulierung und Implementation von Politiken beteiligt<sup>62</sup>, sie gäben dem ganzen politischen Prozeß ihre Logik: Einerseits sind die klassischen demokratischen Institutionen zwar durch den Volkswillen legitimiert, aber unter Globalisierungsbedingungen handlungsschwach. CPNs sind andererseits zwar global handlungsfähig, aber nicht demokratisch legitimiert. Dieses Interdependenzverhältnis wird im Verfahren des politischen Handelns produktiv nach dem Netzwerkprinzip geordnet. Die traditionelle Dichotomie von Staat und Gesellschaft ist so freilich nicht mehr aufrechtzuerhalten.

---

<sup>59</sup> Vgl. Reinicke/Witte 359 sowie Barber 240.

<sup>60</sup> Die demokratisch legitimierten Entscheidungsagenturen verantworten nicht „die Entscheidung für oder gegen bestimmte Entscheidungsfolgen [...], sondern die *Wahl einer bestimmten Entscheidungsalternative*“ (Kaufmann; Franz-Xaver: *Leistet Verantwortung, was wir ihr zumuten?* Bonn : Union-Betriebs-GmbH, 1993 [Cusanuswerk Schriften; 4], 8.). Eine gleichzeitige juristische *Haftungsverantwortung* für Entscheidungsfolgen würde die Entscheidungssituation hyperkomplex machen und letztlich nur dazu führen, daß „in den meisten wirklich riskanten Angelegenheiten eine Übertragung der Entscheidungsverantwortung auf als kompetenter angesehene Dritte“ (ebd., 9) gar nicht zustandekäme.

<sup>61</sup> Ebd., 6.

<sup>62</sup> Vgl. Mayntz 473.

### „Disinformocracy“?

Nicht nur wohlmeinende Bürgerrechtler engagieren sich als Cyberaktivisten. Bekanntlich nutzt auch die rechte und rechtsradikale Szene das Internet zur Kontaktpflege. Sie bringt online ihre Weltverschwörungstheorien auf den neuesten Stand, indem sie Versatzstücke der Tagespolitik, Aktuelles aus Wirtschaft und Wissenschaft in ihre konspirativen Fabeln einflieht. Bald ist es die UNO, die nach der Weltherrschaft greife und - so wird allen Ernstes versichert - schon die ersten Kampfhubschrauber in Stellung bringe<sup>63</sup>, bald ist es die Clinton-Administration, die das y2k-Problem schuf, um das Kriegsrecht ausrufen zu können. Überhaupt zeigte die Thematisierung des y2k-Problems auf zahllosen Websites, wie sich plausible technische Sorgen, Ideologeme und Know-How-Defizite im Internet zu paranoiden Szenarien potenzieren lassen<sup>64</sup>. Was also, wenn CPNs entstehen, in denen Fakten und Finten, Hintermänner, politische und ideologische Hintergründe nicht mehr klar zurechenbar erscheinen? Kein Medium schafft mehr Transparenz und zugleich Intransparenz als das Internet. CPNs erhöhen deshalb die Gefahr der „Disinformocracy“<sup>65</sup>, der Herrschaft der Desinformation. Die Enträumlichung, die das Internet mit sich bringt, erschwert die Rückbindung der netzpublizierten Informationen an ihre Urheber. Mit der Ursprungsverschleierung von Information entfällt aber die Möglichkeit, die Informationen durch die personale Glaubwürdigkeit ihrer Urheber zu validieren, nachdem Informationen im hyperrealen Raum ohnehin nicht durch ihre Referenz zur „Wirklichkeit“ validiert werden können. Das scheint mir der schwerwiegendste Mangel der politischen Internet-Öffentlichkeit zu sein. Es gilt deshalb, über neue Validierungskriterien spezifisch fürs Internet nachzudenken. Provisorisch mag u.U. das „Kriterium der vielfachen Bezeugung“ ausreichen, wie es die neutestamentliche Exegese entwickelte. Die Leben-Jesu-Forschung wendet es an auf „jene inhaltlich bestimmten Überlieferungen von einem bestimmten Handeln Jesu, das mehrfach und durch verschiedene Gattungen (Apophtegma, Streitgespräch, Gleichnis o.ä.) bezeugt ist. Dabei ist der Beleg durch verschiedene Gattungen bedeutsam“<sup>66</sup>. Adaptiert fürs Internet heißt das: Nur wenn eine Tatsachenbehauptung *im* Cyberspace auch *außerhalb* des Cyberspace belegt ist (in Printmedien, Fernsehen, Radio oder „onsite“-Erfahrung), gilt sie als validiert. Vielleicht

---

<sup>63</sup> Vgl. Siegele, 3.

<sup>64</sup> Vgl. die Darstellung und Bewertung bei Hausmanninger, Thomas: Leben in Zeiten der Entsicherung. Apokalyptische Szenarien am Ende des Jahrtausends in kulturethisch-theologischer Sicht. In: <http://www.kthf.uni-augsburg.de/lehrstuehle/sozethik/Apok.htm>.

<sup>65</sup> Rheingold, Howard: The Virtual Community. Homesteading on the Elektronic Frontier, Reading/Mass. : Addison-Wesley Publishing 1993, 276ff.

<sup>66</sup> Gnllka Joachim: Jesus von Nazareth. Botschaft und Geschichte. Freiburg /Br. : Herder, 1990 (Herders Theologischer Kommentar zum Neuen Testament), Supplementband III, 30.

gelingt es mit solchen eher handwerklichen Mitteln, "Disinformocracy" zu verhindern.<sup>67</sup>

### **Fazit**

Gegenüber dem globalisierten Markt eine genuin politische Handlungsfähigkeit zu bewahren oder zu gewinnen, ist ein Gebot der Gerechtigkeit im Sinne einer „komplexen Gleichheit“. Die Globalisierung war nur möglich, weil private Akteure die neuen IuK konsequent zu wirtschaftlichen Zwecken nutzten. Aber auch politische Handlungsfähigkeit kann in globalen Dimensionen mit Hilfe der neuen IuK und auf Basis eines nichtmarktlogischen Steuerungsprinzips erzeugt werden<sup>68</sup>. Das sind die Merkmale von Cyber Policy Networks.

**Tab. 2: Gesellschaftliche Steuerungsstrukturen und Systemlogiken in Korrelation**

Systemlogik	politisch	ökonomisch
Steuerungsprinzip	Hierarchie	Netzwerk Markt
Medialität	„klassische Medien“	neue IuK
Wirksamkeit	territorial beschränkt	global

Freilich schaffen CPNs auch neue Probleme. Insbesondere die Legitimität ihres Handelns und die Gefahr der „Disinformocracy“ werfen Fragen auf. Diese müssen diskutiert und geklärt werden. - Welcher Ort böte sich dafür besser an als der Cyberspace?

<sup>67</sup> Zur Vermeidung von Fehlinformationen, die durch ökonomische Interessen entstehen, schlägt Tim Berners-Lee vor, die Elemente des WWW - Übermittlung, Hardware, Software und Inhalt - konsequent in unterschiedliche Hände zu geben. „Konsumenten müssen die Möglichkeit haben, ihren Computer bei einem, ihre Software bei einem anderen Unternehmen zu kaufen. Oder ebenden Zugang zum Internet und seine Inhalte von verschiedenen Stellen zu beziehen. Es ist ja nicht schwer, sich schlimme Szenarien auszumalen: Sie kaufen einen Kühlschrank mit einem Flachbildschirm und Internetzugang. Und Sie bekommen nur Informationen über bestimmte Supermärkte, weil die Kühlschrankfirma es so will“ (Berners-Lee, Tim; Tenbrock, Christian: „Bürokraten hätten das nie geschafft“. Ein ZEIT-Interview mit dem Erfinder des World Wide Web. In: DIE ZEIT 9/2000 [24.02.00], 23f, hier 23).

<sup>68</sup> Betriebe man eine globalisierungskritische Politik auf „Politik-Märkten“ nach den Prinzipien von Angebot und Nachfrage, Wettbewerb und politischer Gewinnmaximierung, so würde man unweigerlich in einen performativen Widerspruch geraten. Das politisch korrektionsbedürftige Hauptproblem ökonomischer Märkte, „externe Effekte“ nicht mit den Mitteln der eigenen Systemlogik internalisieren zu können, ist ein Strukturproblem *aller* Märkte. Also wären auch politische Märkte ihrerseits wieder korrektionsbedürftig. Auch sie müßten - von wem? - gezwungen werden, die von ihnen produzierte Externalität zu internalisieren.